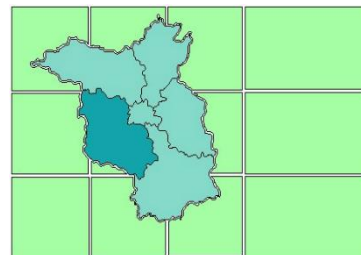


# Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming

- Der Vorsitzende -



An die Mitglieder des  
Regionalvorstands der  
Regionalen Planungsgemeinschaft  
Havelland-Fläming

---

Bearbeiterin:	Tel.:	E-Mail:	Az.:	Teltow, den
Frau Kaiser	-0	info@havelland-flaeming.de	YB_03_p_öt	14.11.2025

---

## Protokoll

**des öffentlichen Teils der Sitzung des Regionalvorstands der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming am 10. Oktober 2025**

**Teilnehmerinnen und Teilnehmer:**

<b>Anwesende Mitglieder des Regionalvorstands</b>	<b>Weitere Anwesende</b>
Köhler, Marko	Şahin-Connolly, Wiebke (Ausschussvorsitzende)
Gericke, Karsten	Dr. Zimmermann, Thomas (GL 3)
Kaluza, David	<b>Von der Planungsstelle anwesend:</b>
Lewandowski, Roger	Klauber, Lutz
Oehme, Bodo	Klauber, Kilian
Seiler, Ines	Kaiser, Susann
Walter, Andreas	Stöck, Lydia
Wehlan, Kornelia	
<b>Entschuldigt:</b>	
Scheller, Steffen	

**Ort:** Rathaus Ludwigsfelde, Sitzungssaal, Rathausstraße 3, 14974 Ludwigsfelde

**Zeit:** 09:38 – 11:08 Uhr

### Tagesordnung:

- TOP 1** Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung
- TOP 2** Bestätigung des Protokolls des öffentlichen Teils der Sitzung des Regionalvorstands vom 16.05.2025
- TOP 3** Bericht über die Tätigkeit des beratenden Ausschusses für Planungsarbeit

## **TOP 4     Regionalplanung**

### **4.1     2. Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0**

Information über den Stand des Beteiligungsverfahrens zum 2. Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0

### **4.2     Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027**

Kenntnisnahme des Arbeitsstands zur Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027

### **4.3     Ausweisung von Beschleunigungsgebieten für die Windenergie an Land**

Beauftragung der Regionalen Planungsstelle, die im Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 festgelegten Vorranggebiete gemäß § 28 Raumordnungsgesetz als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land auszuweisen und Regeln für wirksame Minderungsmaßnahmen aufzustellen

## **TOP 5     Haushalt**

Beschlussempfehlung zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan 2026

## **TOP 6     Einwohnerfragestunde**

## **TOP 7     Verschiedenes (Mitteilungen, Anfragen und Termine)**

## **II.   Nicht öffentlicher Teil**

### **TOP 1:   Bestätigung des Protokolls des nicht öffentlichen Teils der Sitzung des Regionalvorstands vom 16.05.2025**

### **TOP 2     Verschiedenes**

## **Sitzungsverlauf:**

### **TOP 1   Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung**

**Der Vorsitzende, Herr Landrat Köhler**, eröffnet die Sitzung des Regionalvorstands und begrüßt die Vorstandsmitglieder sowie die anwesenden Gäste.

Der Vorsitzende informiert darüber, dass Herr Oberbürgermeister Scheller verhindert sei und nicht vertreten werden könne. Herr Amtsdirektor Gericke sei zu Beginn der Sitzung verhindert, werde jedoch später an der Sitzung teilnehmen. Frau Landrätin Wehlan werde ebenfalls später im Verlauf der Sitzung hinzukommen.

Er informiert darüber, dass Frau Bürgermeisterin Şahin-Connolly auf der ersten Sitzung des Ausschusses für Planungsarbeit zur Ausschussvorsitzenden gewählt wurde. Sie nehme in dieser Funktion an der Sitzung des Regionalvorstands teil. Er gratuliert Frau Şahin-Connolly zu ihrer Wahl zur Ausschussvorsitzenden.

Der Vorsitzende begrüßt auch Herrn Dr. Zimmermann als Vertreter der Landesplanungsbehörde.

Er stellt bei fünf anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern des Regionalvorstands die Beschlussfähigkeit fest.

Die Einladung zur Sitzung sei mit Postausgang vom 19.09.2025 fristgerecht erfolgt. Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Einladung fest. Nach dem Ende der Einladungsfrist sei den Mitgliedern des Regionalvorstands eine zusätzliche Beschlussvorlage Nr. 03/05/02 zum Tagesordnungspunkt 5 übermittelt worden. Die Beschlussfassung betreffe die Zustimmung zu einer überplanmäßigen Aufwendung und Auszahlung, die aufgrund der Durchführung des Änderungsverfahrens zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 noch im Haushaltsjahr 2025 erforderlich wird.

Es werde beantragt, diese Beschlussvorlage zusätzlich in den Tagesordnungspunkt 5 aufzunehmen. Der Vorsitzende lässt über die Aufnahme der zusätzlichen Beschlussvorlage abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 5  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltungen: 0

Die Aufnahme der zusätzlichen Beschlussvorlage ist einstimmig beschlossen.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über die ergänzte Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 5  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltungen: 0

Die geänderte Tagesordnung ist einstimmig bestätigt.

**TOP 2 Bestätigung des Protokolls des öffentlichen Teils der Sitzung des Regionalvorstands vom 16. Mai 2025**

**Der Vorsitzende** teilt mit, dass keine Einwendungen zum Protokoll bei der Regionalen Planungsstelle eingegangen seien. Er bittet um Wortmeldungen zum Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 16. Mai 2025. Es werden keine Wortmeldungen angezeigt. Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über das Protokoll.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 5  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltungen: 0

Der Vorsitzende stellt die Bestätigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 16. Mai 2025 fest.

Er schließt den Tagesordnungspunkt 2.

**TOP 3 Bericht über die Tätigkeit des beratenden Ausschusses für Planungsarbeit**

**Der Vorsitzende** erinnert daran, dass die Regionalversammlung in ihrer Sitzung am 26.06.2025 die Besetzung des Beratenden Ausschusses für Planungsarbeit beschlossen habe. Der Ausschuss habe seine Arbeit aufgenommen. Auf Beschluss der Regionalversammlung berichte die Ausschussvorsitzende dem Regionalvorstand und der Regionalversammlung über die Tätigkeit des Ausschusses. Der 1. Tätigkeitsbericht sei den Vorstandsmitgliedern mit der Einladung zur Sitzung übergeben worden.

**Der Vorsitzende** gibt das Wort an die Ausschussvorsitzende, Frau Şahin-Connolly.

**Die Ausschussvorsitzende** dankt dem Vorsitzenden. Sie teilt mit, dass der Ausschuss am 12.09.2025 zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten ist. In der Sitzung habe sich der Ausschuss mit folgenden Sachverhalten der Planungsarbeit befasst:

- Stand des Änderungsverfahrens zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027
- Ausweisung von Beschleunigungsgebieten für die Windenergie an Land gemäß § 28 ROG
- Stand des Beteiligungsverfahrens zum 2. Entwurf des Regionalplans 3.0

Der Ausschuss habe in der Sitzung einen Sachstandsbericht der Regionalen Planungsstelle zum Stand des Änderungsverfahrens zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 entgegengenommen. Im Ausschuss sei dazu über folgende Sachverhalte beraten worden:

- a) Festlegung der Gebiete „Windpark Mückendorf“, „Windpark Herrenhölzer“ und „Hohenseefeld/Ihlow-Erweiterung“ als Vorranggebiet für die Windenergienutzung
- b) Weitere nach den Ergebnissen des Mitteilungsverfahrens nach § 9 Absatz 1 ROG für eine Festlegung als Vorranggebiet in Erwägung gebrachte Flächen

- c) Änderung des Planungskriteriums W 02 „Flächen in Landschaftsschutzgebieten“ in Abwägung mit den allgemeinen Planungszielen Nummer 2 und Nummer 4

Im Zusammenhang mit der Änderung des Planungskriteriums W 02 „Flächen in Landschaftsschutzgebieten“ sei insbesondere beraten worden, wie weit der Stand der kommunalen Bauleitplanung zur Ausweisung von Flächen für die Windenergienutzung in Landschaftsschutzgebieten fortgeschritten sein sollte, um für eine Festlegung als Vorranggebiet im Regionalplan in Betracht zu kommen.

Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass von den anwesenden Mitgliedern ohne Beschluss mehrheitlich einvernehmlich eingeschätzt wurde:

1. Gegen die Festlegung der Vorranggebiete für die Windenergienutzung „Mückendorf“, „Herrenhölzer“ und „Hohenseefeld/Ihlow-Erweiterung“ in der von der Regionalen Planungsstelle erarbeiteten Fassung bestehen keine Bedenken.
2. Neben diesen Gebieten sind keine weiteren Flächen für eine Festlegung als Vorranggebiet vorzusehen.
3. Flächen in Landschaftsschutzgebieten sollen bei der Ausarbeitung des regionalen Planungskonzepts weiter nicht allgemein für eine Festlegung als Vorranggebiet in Betracht gezogen werden.
4. Das Planungskriterium W 02 „Flächen in Landschaftsschutzgebieten“ soll in der Weise geändert werden, dass Flächen, die im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung für die Nutzung der Windenergie vorgesehen sind, für eine Festlegung als Vorranggebiet innerhalb von Landschaftsschutzgebieten in Betracht gezogen werden können, wenn der Stand der Bauleitplanung die Ergebnisse der Beteiligungsverfahren nach dem Baugesetzbuch berücksichtigt.

Darüber hinaus informierte die Ausschussvorsitzende darüber, dass die Regionale Planungsstelle über die Sach- und Rechtslage zur Ausweisung von Beschleunigungsgebieten für die Windenergie an Land berichtet habe. Der Ausschuss habe zur Kenntnis genommen, dass die im Rahmen der Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 festzulegenden Vorranggebiete zusätzlich als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land auszuweisen seien. Darüber hinaus sei zur Kenntnis genommen worden, dass für die im Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 festgelegten Vorranggebiete für die Windenergienutzung ein gesondertes Verfahren durchzuführen sei, in dem die Vorranggebiete nach den Bestimmungen des § 28 ROG zusätzlich als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land auszuweisen seien. Dieses Verfahren sei innerhalb von drei Monaten nach dem 15.08.2025 zu beginnen. Zur Durchführung dieses gesonderten Verfahrens seien weitere Abstimmungen mit der Landesplanungsbehörde erforderlich.

Zum Stand des Beteiligungsverfahrens zum 2. Entwurf des Regionalplans 3.0 informierte die Ausschussvorsitzende darüber, dass die öffentliche Bekanntmachung über die erneute Beteiligung der Öffentlichkeit und der in ihren Belangen betroffenen öffentlichen Stellen zum 2. Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 erfolgt sei und dass bis einschließlich 21. Oktober 2025 noch Stellungnahmen abgegeben werden können.

**Der Vorsitzende** dankt der Ausschussvorsitzenden für den Bericht und fragt, ob es Aussprachebedarf gebe. Da keine Wortmeldungen angezeigt werden, schließt der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt 3.

## **TOP 4      Regionalplanung**

### **4.1      2. Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0**

**Der Vorsitzende** erinnert daran, dass die Regionalversammlung in ihrer Sitzung am 26. Juni 2025 den 2. Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 gebilligt sowie beschlossen habe, den Entwurf im Internet zu veröffentlichen und Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Aufgrund des Sachverhalts, dass im Beteiligungsverfahren zum 2. Entwurf des Regionalplans 3.0 noch keine Ergebnisse vorlägen, werde vorgeschlagen, die Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2 zusammenzufassen.

Zum Tagesordnungspunkt 4.2 verweist der Vorsitzende darauf, dass die Regionalversammlung in ihrer Sitzung am 26.06.2025 ebenfalls beschlossen hatte, ein Änderungsverfahren zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 durchzuführen. Mit dem Änderungsverfahren sollen zusätzliche Flächen als Vorranggebiet für die Windenergienutzung festgelegt werden, die nach § 4 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes zusätzlich auf das regionale Teilflächenziel angerechnet werden können.

Den Mitgliedern des Regionalvorstands sei der Arbeitsstand eines Entwurfs zur 1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 mit der Einladung zur Sitzung übergeben worden.

Es sei beabsichtigt, einen Bericht über den Arbeitsstand entgegenzunehmen und die Regionale Planungsstelle zu beauftragen, die Bearbeitung in der vorgezeichneten Weise abzuschließen sowie den abschließend bearbeiteten Entwurf der Regionalversammlung zur Billigung vorzulegen.

**Der Vorsitzende** gibt das Wort an Herrn Klauber für einen Sachvortrag.

**Herr Klauber** dankt dem Vorsitzenden und beginnt seinen Sachstandsbericht, den er mit einer visuellen Präsentation unterstützt. (siehe Anlage) Er informiert eingangs über die Flächengröße, die noch zusätzlich als Vorranggebiet für die Windenergienutzung festgelegt werden muss, um das regionale Teilflächenziel zum Stichtag 31.12.2032 zu erreichen. (Anhang Folie 7) Er erinnert an den Beschluss der Regionalversammlung zur Durchführung eines Änderungsverfahrens zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 vom 26.06.2025 und gibt einen Überblick über den bisherigen sowie den geplanten Verfahrensverlauf (Anhang Folien 8, 9)

Er teilt weiter mit, dass es aufgrund des Sachverhalts, dass sich der Windpark Mückendorf in einem Landschaftsschutzgebiet befindet, erforderlich sei, das Kriterium W 02 zu ändern. Grundsätzlich sei an der Einschätzung festzuhalten, dass es zum Erreichen der gesetzlichen Flächenziele nicht erforderlich sei, Vorranggebiete für die Windenergienutzung in Landschaftsschutzgebieten festzulegen. Das Kriterium W 02 sei daher grundsätzlich nicht in Frage zu stellen. Im Rahmen des regionalen Planungskonzepts sei jedoch auch der Sachverhalt zu berücksichtigen, dass sich Kommunen der Region rechtskonform dafür entscheiden könnten, auf Flächen innerhalb von Landschaftsschutzgebieten die Errichtung von Windenergieanlagen zuzulassen. (Anhang Folien 10 bis 14) Unter Berücksichtigung des allgemeinen Planungsziels Nummer 2 sei eine Öffnung des Kriteriums W 02 in diesen Fällen gerechtfertigt. In diesem Zusammenhang sei zu entscheiden, welcher Stand der kommunalen Bauleitplanung nach Einschätzung der Regionalen Planungsgemeinschaft erreicht sein sollte, damit die betreffenden Flächen auch für eine Festlegung als regionale Vorranggebiete in Betracht gezogen werden. (Folie 15)

Er teilt mit, dass die Regionale Planungsstelle zwei Varianten in Erwägung stellen würde, zwischen denen eine Entscheidung zu treffen sei. Die erste Variante würde es ermöglichen, eine Festlegung als regionales Vorranggebiet bereits zu einem Zeitpunkt in Betracht zu ziehen, bei dem noch nicht sicher erkennbar sei, ob die kommunale Bauleitplanung erfolgreich zum Abschluss geführt werde. Bei der zweiten Variante werde hingegen vorausgesetzt, dass die kommunale Planung bereits weitgehend abgeschlossen sei. In diesem Falle würden bei einer Festlegung der betreffenden Fläche im Regionalplan, die Absicherung der kommunalen Planung und die Anrechnung auf das regionale Flächenziel im Vordergrund stehen. (Anlage Folien 16 bis 18) Er erinnert an den Bericht der Ausschussvorsitzenden und weist darauf hin, dass sich die Mitglieder des Ausschusses für Planungsarbeit mehrheitlich für die zweite Variante ausgesprochen hätten.

Herr Klauber stellt nachfolgend diejenigen Gebiete vor, die im Rahmen der Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung für eine Festlegung als Vorranggebiet vorgesehen sind. Er verweist insbesondere darauf, dass abweichend von der kommunalen Bauleitplanung Flächen innerhalb von Nahbereichen nach § 45b Absatz 2 BNatSchG nicht in die Vorranggebiete einbezogen würden. Im Fall Mückendorf wären aufgrund dieser Entscheidung drei geplante Windenergieanlagenstandorte nicht im Vorranggebiet gelegen. (Anlage Folien 19 bis 22)

Herr Klauber stellt im Weiteren Flächen vor, zu denen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens nach § 9 Absatz 1 Satz 2 Raumordnungsgesetz (ROG) Mitteilungen eingegangen seien, dass sie zusätzlich für eine Festlegung als Vorranggebiet in Erwägung gezogen werden sollten bzw. könnten.

Gemeinde Wiesenaue, Amt Friesack (Folie 23): Herr Klauber teilt die Einschätzung mit, dass die kommunale Entscheidung, die betreffende Fläche auszuweisen, offenbar noch nicht ausreichend gefestigt sei und daher eine Festlegung als Vorranggebiet nicht in Betracht gezogen werden sollte.

Landeshauptstadt Potsdam, in Aufstellung befindlicher Bebauungsplan Nr. 181 „Erneuerbare Energien Uetz“: Die für die Errichtung von Windenergieanlagen vorgesehene Fläche erfülle das Kriterium der Mindestflächengröße (W 04) nicht. Eine Festlegung als Vorranggebiet komme daher nicht in Betracht. Die Fläche könne zudem aufgrund der festzulegenden Höhenbeschränkungen nicht auf das regionale Flächenziel angerechnet werden. (Folie 24)

Landeshauptstadt Potsdam, Flächen an der A 10 nördlich der Anschlussstelle Potsdam-Nord, östlich von Kartow und Groß Glienicke östlich der L 20 (Folie 26): Für diese Flächen bitte die Landeshauptstadt um eine Festlegung als Vorranggebiet, da die Errichtung von Windenergieanlagen auf diesen Flächen für das Erreichen kommunaler Energie- und Klimaziele für erforderlich gehalten werde. Die Ausweisung dieser Flächen im Wege der kommunalen Bauleitplanung sei beabsichtigt, könne aber nicht zeitnah vorgenommen werden. Herr Klauber hebt hervor, dass gerade in Bezug auf diese Flächen die Entscheidung über die Änderung des Kriteriums W 02 von Bedeutung sei. Eine wirksame Unterstützung dieser Entwicklungsabsichten der Landeshauptstadt sei bei einer Entscheidung für die Variante 2 nicht möglich, da die Stadt in diesem Fall im Rahmen der Bauleitplanung weitgehend „in Vorleistung“ gehen müsse. Mit Bezug auf den zuvor dargestellten Sachverhalt, dass eine Inanspruchnahme von Flächen innerhalb von Landschaftsschutzgebieten für das Erreichen der regionalen Flächenziele nicht erforderlich sei, könne zudem eine Beanspruchung von Flächen innerhalb der Potsdamer Kulturlandschaft im Rahmen des Planungskonzepts nicht ohne Weiteres gerechtfertigt werden.

Gemeinde Schwielowsee, Erweiterung des VRW 05 „Ferch“ um drei Windenergieanlagenstandorte (Folien 27, 30): Herr Klauber teilt die Einschätzung mit, dass eine Einbeziehung der benannten Windenergieanlagenstandorte unter Einhaltung der einheitlichen Anwendung der Planungskriterien nicht begründet werden könne. Einer der vorgeschlagenen Anlagenstandorte werde durch die Waldfunktion „Erholungswald“ ausgeschlossen. Ein weiterer Anlagenstandort ließe sich nur in das VRW 05 einbeziehen, wenn dazwischenliegender Wald mit besonderen Waldfunktionen beansprucht werden würde. Der Verzicht auf einen Mindestabstand zur Freileitung, der beim dritten Anlagenstandort erforderlich sei, sei bei Durchführung von schwingungsdämpfenden Maßnahmen möglicherweise realisierbar. Eine Prüfung und Entscheidung dieser Sachverhalte sei jedoch erst im Rahmen der standort- und parameterkonkreten Planung möglich. Diesen Vorgängen könne bei der Festlegung von Vorranggebieten auf der Ebene der Regionalplanung nicht vorgegriffen werden. Zusammenfassend sei festzustellen, dass die angeregte Vergrößerung des Vorranggebiets VRW 05 im Rahmen des Planungskonzepts nicht ausreichend gerechtfertigt werden könne.

Gemeinde Großbeeren, Erweiterung des VRW 44 „Großbeeren“ (Folie 31): Die angeregte Vergrößerungsfläche befinde sich in Abstandsbereichen zu Verkehrs- und Leitungstrassen und beträfe den Lärmschutzbereich eines Wohngebäudes im Außenbereich. Es sei zwar grundsätzlich möglich, reduzierte Abstände anzuwenden, diese Entscheidung sei jedoch im anlagebezogenen Einzelfall zu treffen und könne im Rahmen der Regionalplanung nicht pauschal vorweggenommen werden. Die Regionale Planungsstelle vertrete die Einschätzung, dass die erkennbaren Konflikte nur in einer angepassten standort- und parameterbezogenen Planung aufgelöst werden könnten. Dieser Sachverhalt spreche dafür, dass eine Regelung im Wege der Bauleitplanung sinnvoll sei.

Stadt Rathenow, verschiedene Flächen (Anlage Folie 35): Für diese Flächen seien grundsätzlich die Einschätzungen zutreffend, die zu den Flächen im Gebiet der Landeshauptstadt getroffen worden sind. Die Planungsabsichten seien allerdings noch weniger konkret. Alle Flächen befänden sich im Landschaftsschutzgebiet „Westhavelland“. Für eine Fläche westlich der Ortslage Stechow werde die Absicht, einen Bebauungsplan aufzustellen, seit längerem erwogen. Eine konkrete Planungsabsicht habe sich jedoch noch nicht herausgebildet. Es werde daher die Einschätzung vertreten, dass die vorgestellten Flächen für eine Festlegung als Vorranggebiet nicht in Betracht gezogen werden können.

Stadt Zossen, Erweiterung des VRW 25 (Anlage Folie 37): Die Erweiterung sei durch das Unternehmen Energiequelle aufgrund aktueller faunistischer Kartierungsergebnisse angeregt worden. Eine Erweiterung könne kriteriengerecht in Betracht gezogen werden. Es läge jedoch keine Information vor, dass eine solche Erweiterung von der Stadt Zossen unterstützt werden würde. Zudem passe ein solcher Änderungsfall nicht zum Planungsauftrag der Regionalversammlung vom 26.06.2025.

Abschließend informiert Herr Klauber darüber, dass mit der Festlegung der benannten drei Vorranggebiete „Mückendorf“, „Hohenseefeld/Ihlow-Erweiterung“ sowie „Bensdorf-Herrenhölzer“ zusätzlich 1.058 Hektar auf das regionale Teilflächenziel angerechnet werden könnten. Danach würde der Anteil der Fläche der Vorranggebiete am Gebiet der Region den Wert von 2 Prozent erreichen. (Anlage Folien 38, 39)

**Der Vorsitzende** dankt Herrn Klauber für seinen Bericht und fragt, ob es Aussprachebedarf gibt.

**Herr Walter** fragt, ob es korrekt sei, dass die vorgeschlagenen Flächen der Landeshauptstadt Potsdam auf Grund der Flächengröße ausgeschlossen wurden.

**Herr Klauber** antwortet, dass die Flächengröße nicht das alleinige Ausschlusskriterium sei, sondern vor allem, dass die Flächen im Bereich eines Landschaftsschutzgebiets bzw. innerhalb der Potsdamer Kulturlandschaft lägen. Er verweist noch einmal auf den zuvor dargestellten Sachverhalt, dass eine Inanspruchnahme von Flächen innerhalb von Landschaftsschutzgebieten für das Erreichen der regionalen Flächenziele nicht erforderlich sei und die Beanspruchung von Flächen innerhalb der Potsdamer Kulturlandschaft im Rahmen des Planungskonzepts aufgrund bestehender Planungsalternativen nicht ohne Weiteres gerechtfertigt werden könne.

**Der Vorsitzende** fragt, ob es weiteren Aussprachebedarf gebe. Es werden keine Wortmeldungen angezeigt. Der Vorsitzende ruft die Beschlussvorlage 03/04/01 auf und bittet um Abstimmung.

**Der Beschlussantrag lautet:**

„Der Regionalvorstand beschließt:

1. Der Regionalvorstand nimmt den Arbeitsstand zur Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 vom 19.09.2025 zur Kenntnis.
2. Der Regionalvorstand beauftragt die Regionale Planungsstelle, die Bearbeitung in der vorgezeichneten Weise abzuschließen.
3. Der abschließend bearbeitete Entwurf soll der Regionalversammlung zur Billigung vorgelegt werden.“

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1

Die **Beschlussvorlage 03/04/01** ist einstimmig angenommen.

#### **4.3 Ausweisung von Beschleunigungsgebieten für die Windenergie an Land**

**Der Vorsitzende** teilt mit, dass der Deutsche Bundestag am 10. Juli 2025 das Gesetz zur Umsetzung von Vorgaben der Richtlinie (EU) 2023/2413 beschlossen habe. Mit Inkrafttreten des Gesetzes am 15. August 2025 werde die Regionale Planungsgemeinschaft verpflichtet, Vorranggebiete für die Windenergienutzung zusätzlich als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land auszuweisen. Es sei beantragt, die Regionale Planungsstelle zu beauftragen, die erforderliche Ausweisung vorzunehmen.

Der Vorsitzende gibt das Wort an Herrn Klauber für einen Sachvortrag.

**Herr Klauber** unterstützt seinen Sachstandsbericht mit einer visuellen Präsentation. (als Anlage beigefügt) Er informiert eingangs über das Gesetz zur Umsetzung von Vorgaben der Richtlinie (EU) 2023/2413 für Zulassungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz und dem Wasserhaushaltsgesetz, zur Änderung des Bundeswasserstraßengesetzes, zur Änderung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes und zur Änderung des Baugesetzbuchs, das am 15.08.2025 in Kraft getreten ist. (Folien 43 bis 45)

Er bestätigt, dass die Regionale Planungsgemeinschaft durch den neu eingeführten § 28 des Raumordnungsgesetzes verpflichtet werde, die im Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 festgelegten Vorranggebiete zusätzlich als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land auszuweisen. Bei der Ausweisung der Beschleunigungsgebiete seien Regeln für wirksame Minderungsmaßnahmen für die Errichtung und den Betrieb von Anlagen und deren Netzanschluss aufzustellen, um mögliche negative Auswirkungen vorrangiger Vorhaben zu vermeiden oder, falls dies nicht möglich ist, erheblich zu verringern. Grundsätzlich hätten die Ausweisung als Beschleunigungsgebiet und die Aufstellung von Regeln für Minderungsmaßnahmen im Rahmen des Planaufstellungsverfahrens zur Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie zu erfolgen. Daher seien bei der Festlegung von zusätzlichen Vorranggebieten im Rahmen der Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 entsprechende Regelungen zu treffen. Es könne bereits festgestellt werden, dass die im Rahmen der Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 festzulegenden Vorranggebiete zusätzlich auch als Beschleunigungsgebiete auszuweisen

seien. Die Ausweisung erfolge im Zusammenhang mit dem Änderungsverfahren und beinhalte auch das Aufstellen von Regeln für wirksame Minderungsmaßnahmen, um mögliche negative Auswirkungen zu vermeiden oder erheblich zu verringern. Die Regionale Planungsstelle habe mit entsprechenden Ausarbeitungen begonnen. Für die bereits im Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 festgelegten Vorranggebiete sei mit dieser Ausweisung innerhalb von drei Monaten nach dem 15.08.2025 zu beginnen. Eine Frist dafür, bis wann die Ausweisung der Beschleunigungsgebiete abgeschlossen sein muss, sei durch das Gesetz nicht bestimmt. (Folien 46 bis 52)

Bei der Ausweisung der Beschleunigungsgebiete handele es sich um einen besonderen Rechtsakt, der keine Festlegung der Raumordnung darstelle. Die Ausweisung erfolge in einem gesonderten Verfahren. Die genauen Verfahrensregeln könnten noch nicht benannt werden, da die gesetzlichen Vorschriften in verschiedener Weise gedeutet werden könnten. Die Planungsstelle habe vorläufige Einschätzungen vorgenommen, zu denen sie mit der Landesplanungsbehörde im Austausch stehe. (Folien 53 bis 56)

Abschließend erläutert Herr Klauber, welche Auswirkungen die Ausweisung der Beschleunigungsgebiete im immissionsschutzrechtlichen Verfahren haben wird. (Folien 57 bis 59)

**Der Vorsitzende** dankt Herrn Klauber für seinen Bericht und fragt, ob es Aussprachebedarf gebe.

**Frau Seiler** zeigt eine Wortmeldung an. Sie möchte gerne wissen, ob es bereits wirksame Minderungsmaßnahmen für die Gebiete gebe.

**Herr Klauber** antwortet, dass die Gebiete anhand vorhandener Daten geprüft werden sollen und dass nicht für alle Gebiete entsprechende Daten vorlägen. In Bezug auf die drei Flächen im Änderungsverfahren zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 würden aktuelle Daten durch die Bauleitplan- und Genehmigungsverfahren zur Verfügung stehen. Anders sehe es im Hinblick auf die Mehrheit der bereits festgesetzten 30 Vorranggebiete aus.

**Herr Dr. Zimmermann** gibt den Hinweis, dass es noch nicht ganz geklärt sei, ob eine öffentliche Beteiligung notwendig sei. Hier gebe es unterschiedliche Auffassungen.

**Herr Kaluza** fragt, ob alle Windgebiete auch Beschleunigungsgebiete werden.

**Herr Klauber** antwortet, dass für jedes Vorranggebiet geprüft werden müsse, ob die Tatbestände nach § 28 Absatz 2 Nummer 1 oder Nummer 2 erfüllt sind. Sofern die Prüfung zu dem Ergebnis komme, dass diese Tatbestände nicht erfüllt sind, sei das betreffende Vorranggebiet als Beschleunigungsgebiet auszuweisen und Regeln für Minderungsmaßnahmen aufzustellen. Für die Vorranggebiete, die im Rahmen des Änderungsverfahrens zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 für eine Festlegung vorgesehen sind, wurde von der Regionalen Planungsstelle festgestellt, dass eine Ausweisung als Beschleunigungsgebiet vorzunehmen ist. Für die bereits festgelegten 30 Vorranggebiete des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 sei diese Prüfung noch durchzuführen. Insbesondere zur Bewertung nach § 28 Absatz 2 Nummer 2 ROG gäbe es noch offene Fragen, die voraussichtlich in Abstimmung zwischen der Landesplanungsbehörde und dem Umweltministerium beantwortet werden.

**Der Vorsitzende** erinnert an die Frist, in der das gesonderte Verfahren zu beginnen sei und verweist auf den Beschlussantrag, mit dem der Verpflichtung zum Beginn des Verfahrens nachgekommen werden soll.

**Herr Kaluza** fragt, ob bereits abgeschätzt werden könne, wie der zeitliche Ablauf des Verfahrens aussehen werde.

**Herr Klauber** antwortet, dass aktuell keine Prognose zum Zeitplan abgegeben werden könne, da noch zu viele Aspekte ungeklärt seien.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen angezeigt.

**Der Vorsitzende** ruft daher die **Beschlussvorlage 03/04/02** auf.

**Der Beschlussantrag lautet:**

„Der Regionalvorstand beauftragt die Regionale Planungsstelle, unverzüglich ein gesondertes Verfahren gemäß § 28 Raumordnungsgesetz durchzuführen, mit dem die im Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 festgelegten Vorranggebiete zusätzlich als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land ausgewiesen und Regeln für wirksame Minderungsmaßnahmen für die Errichtung und den Betrieb von



Anlagen und deren Netzanschluss aufgestellt werden, um mögliche negative Auswirkungen vorrangiger Vorhaben zu vermeiden oder, falls dies nicht möglich ist, erheblich zu verringern.“

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Die **Beschlussvorlage 03/04/02** ist einstimmig beschlossen.

Der Vorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt 4.

#### **TOP 5      Haushalt**

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass den Mitgliedern des Regionalvorstands mit der Einladung zur Sitzung der Entwurf des Haushaltsplans 2026 übermittelt worden sei. Es sei beantragt, der Regionalversammlung zu empfehlen, den Haushaltsplan 2026 zu beschließen.

Weiter sei beantragt, die Zustimmung zu einer überplanmäßigen Aufwendung und Auszahlung für externe Dienstleistungen zur Durchführung der Umweltprüfung für die 1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 zu erteilen.

Der Vorsitzende gibt das Wort an Herrn Klauber für einen Sachstandsbericht.

**Herr Klauber** stellt die wichtigsten Ertrags- und Aufwandspositionen des Haushalts 2026 dar. (Folien 63, 64) Er informiert darüber, dass für den Haushaltsausgleich Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber dem Land in Höhe von 78.000 Euro geplant werden müssen. Im Weiteren gibt er einen Überblick über die mittelfristige Haushaltsplanung. Er stellt heraus, dass insbesondere aufgrund der steigenden Personalkosten auch in den kommenden Jahren ein Haushaltsausgleich nur durch die Inanspruchnahme von Überschüssen aus Vorjahren möglich sein werde. Bei vollständiger Auflösung des Rückstellungsbetrags zum 31.12.2024 sei die Aufgabenerfüllung bis zum Ende des Jahres 2029 auf der Grundlage der Landeszuweisung in Höhe des Jahres 2025 voraussichtlich gewährleistet. Diese Aussage gelte für die Finanzierung von 6,48 Vollzeitstellen. Eine ausreichende Deckung der Kosten der Regionalplanung sei auf der Grundlage der jährlichen Zuweisung des Landes in Höhe der Jahre 2025/2026 daher nicht mehr gegeben. (Folien 65, 66)

Herr Klauber erläutert weiter die Erforderlichkeit der Zustimmung zu einer überplanmäßigen Ausgabe für „externe Gutachten“. Er hebt hervor, dass die Haushaltsansätze auf Annahmen beruhen. Der konkrete Bedarf stelle sich in Abhängigkeit von der Aufgabenerfüllung erst im Verlauf des Haushaltsjahres heraus. Im Haushaltsjahr 2025 seien erhebliche Aufwendungen für die Umweltprüfung zum Regionalplan 3.0 entstanden – insbesondere für zusätzlich durchgeführte Natura-2000-Prüfungen. Der Haushaltsansatz sei bereits um etwa 14.500 Euro überschritten. Die Wertgrenze nach § 4 Nummer 1 der Haushaltssatzung sei erreicht. Die Durchführung des Änderungsverfahrens zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 sei bei der Haushaltsplanung nicht vorhersehbar gewesen. Für die in diesem Zusammenhang erforderliche Umweltprüfung würden voraussichtlich weitere Aufwendung in Höhe von etwa 14.000 Euro anfallen. Nach § 4 Nummer 2 der Haushaltssatzung sei daher die vorherige Zustimmung des Regionalvorstands erforderlich. (Folie 67)

Abschließend informiert Herr Klauber über den Jahresabschluss zum 31.12.2024. (Folie 68) Er teilt mit, dass der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses erst nach Beginn der Einladungsfrist bei der Regionalen Planungsstelle eingegangen sei. Aus diesem Grund seien die Unterlagen den Vorstandsmitgliedern nicht vorgelegt worden. Zuständig für die Beschlussfassung sei die Regionalversammlung. Eine vorherige Beschlussfassung durch den Regionalvorstand sei nicht erforderlich.

**Der Vorsitzende** dankt Herrn Klauber für seinen Bericht.

**Frau Wehlan** wirft die Frage auf, ob aus der Regionalversammlung heraus ein entsprechendes Signal an das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung gegeben werden sollte, mit dem Ziel, eine Anpassung

der Zuweisung des Landes an die gestiegenen Kosten anzuregen.

**Herr Gericke** vertritt die Ansicht, dass eine solche Anpassung zur Sprache gebracht werden sollte.

**Der Vorsitzende** teilt diese Ansicht.

Da keine weiteren Wortmeldungen angezeigt werden, ruft der Vorsitzende die **Beschlussvorlage 03/05/01** auf.

**Der Beschlussantrag lautet:**

„Der Regionalvorstand empfiehlt der Regionalversammlung, den Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2026 zu beschließen.“

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 8

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Die **Beschlussvorlage 03/05/01** ist einstimmig angenommen.

Als nächstes ruft der Vorsitzende die **Beschlussvorlage 03/05/02** auf.

**Der Beschlussantrag lautet:**

„Der Regionalvorstand stimmt einer überplanmäßigen Aufwendung und Auszahlung im Produkt 51101 „Regionalplanung“, Konto 51101.543115 „externe Gutachten, Umweltbericht, Scoping“, in Höhe von 15.000 Euro zu.“

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 8

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Die **Beschlussvorlage 03/05/02** ist einstimmig angenommen.

## **TOP 6 Einwohnerfragestunde**

Der Vorsitzende teilt mit, dass bei der Regionalen Planungsstelle mit E-Mail vom 09.10.2025 eine gemeinsame Anfrage eines Bürgers und einer Bürgerin eingegangen sei. Der Wohnort der anfragenden Personen sei nicht bekannt.

Es seien drei Fragen mit Bezug auf die Windenergienutzung und die Nutzung erneuerbarer Energien gestellt worden. Die Anfrage sei nicht fristgerecht eingegangen. Der Vorsitzende teilt mit, dass die Regionale Planungsstelle gleichwohl die Beantwortung der Fragen vorbereitet habe und gibt das Wort an Herrn Klauber.

**Herr Klauber** beantwortet die Fragen mit Unterstützung einer visuellen Präsentation (als Anlage beigelegt).

Frage 1: „Weshalb werden keine Windräder in vorhandene bzw. neu entstehende Industrieparks (z. B. westl. und nördl. Parks von Ludwigsfelde) bzw. in ihrer Nähe geplant?“

Herr Klauber erläutert, dass die Möglichkeit der Errichtung von Windenergieanlagen in Industrie- und Gewerbegebieten unter anderem wegen der notwendigen Einhaltung der Immissionsrichtwerte eingeschränkt sei. Das gelte insbesondere für Gewerbegebiete. Zum anderen müsse gesehen werden, dass die Industrie- und Gewerbegebiete fast vollständig belegt seien und kleinere, noch verfügbare Flächen für die Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben benötigt würden. Darüber hinaus seien städtebauliche Konflikte beispielsweise aufgrund der Risiken durch Eisabwurf bzw. in Havariefällen ein Hindernis für die Ansiedlung von Windenergieanlagen in bebauten Umgebungen. (Anlage Folie 74)

Frage 2: „Weshalb wird der Windradausbau in Brandenburg so vorangetrieben, wenn andere Bundesländer (z. B. Bayern und Baden-Württemberg) sich nur sehr schleppend einbringen.“

Herr Klauber bestätigt eingangs, dass Brandenburg beim Ausbau der Windenergienutzung gemeinsam mit Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zu den führenden Bundesländern gehört. Die Annahme, Brandenburg würde die Entwicklung in besonderem Maße oder unverhältnismäßig vorantreiben sei jedoch unbegründet. Es sei vielmehr festzustellen, dass sich das Land Brandenburg auf dem gesetzlichen Ausbaupfad befinde. Da alle Bundesländer nach dem Windenergieflächenbedarfsgesetz verpflichtet seien, Flächen für die Windenergie zur Verfügung zu stellen, müsse davon ausgegangen werden, dass andere Länder in den kommenden Jahren aufholen und deutlich stärker zum Windenergieausbau beitragen würden. (Folien 75, 76 und 78, 79)

Frage 3: „Weshalb werden nicht zuerst Urbane Flächen wie große Häuserkomplexe, große Parkplätze und Industriehallen für die erneuerbare Energiegewinnung in Anspruch genommen.“

Herr Klauber teilt mit, dass nach den Vorschriften des Erneuerbare-Energien-Gesetzes Freiflächen-Solaranlagen und Solaranlagen an Gebäuden oder Lärmschutzwänden etwa in gleichem Umfang entwickelt werden sollen. Die Landesregierung Brandenburg habe im Mai 2024 angegeben, dass im Land Brandenburg etwa 62 Prozent der installierten Solarleistung auf Freiflächenanlagen entfallen würde.

In diesem Zusammenhang sei zu bedenken, dass die Stromgestehungskosten bei Freiflächenanlagen deutlich geringer seien als bei Anlagen an Gebäuden. Es könne angenommen werden, dass bei Investitionsentscheidungen Freiflächenanlagen daher bevorzugt würden. (Folie 80)

#### **TOP 7 Verschiedenes (Mitteilungen, Anfragen und Termine)**

Der Vorsitzende teilt mit, dass die nächste Sitzung der Regionalversammlung am 27.11.2025 in Teltow stattfinden wird. Aufgrund der Abwahl des Oberbürgermeisters Mike Schubert würde die Neuwahl eines Mitglieds des Regionalvorstands sowie die Wahl einer Stellvertreterin bzw. eines Stellvertreters für das neugewählte Mitglied anstehen. Ebenso stehe die Wahl eines zweiten Stellvertreters bzw. einer zweiten Stellvertreterin des Vorsitzenden der Regionalversammlung aus.

Nachdem kein weiterer Mitteilungsbedarf angezeigt wird, schließt der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt 7. Er bedankt sich bei den anwesenden Gästen für ihr Interesse und beendet den öffentlichen Teil der Sitzung des Regionalvorstands. Er fordert zum Herstellen der Nichtöffentlichkeit auf.

---

Marko Köhler  
Vorsitzender des Regionalvorstands

---

Susann Kaiser  
für das Protokoll